

pension

Gelder in Aktien an kleinkapitalisierten Börsen angelegt werden müssen. Der Zweck dahinter: Man wollte die Wiener Börse unterstützen.

Sicheres Geschäft nur für Versicherungen

Mit wunderschönen bunten Grafiken, die maximale Gewinne versprechen, werden landauf, landab die letzten Zweifel von Menschen beseitigt, die sich Sorgen um ihre Altersvorsorge machen. Was, wenn die Börsenkurse nicht halten, was die Banken versprechen?

Ja, dafür gibt es immer noch die Kapitalgarantie. Doch auch die kostet. Laut Finanzmarktaufsicht muss sich der Wert der österreichischen Aktien mindestens verdoppeln (!), damit die Abschluss- und administrativen Kosten der Versicherungen gedeckt sind. Erst dann kommen die Versicherten dran.

Fazit: Der Staat stiehlt sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Altersvorsorge. Und anstatt den Vorsorgewilligen garantierte Sparzinsen zu zahlen, stützt er mit als Prämien für fleißige Sparer getarnten öffentlichen Geldern die privaten Börsen und treibt die Kurse damit künstlich in die Höhe.

Wenn die Blase platzt

Wohin diese Politik führt, zeigt ein Blick nach Amerika, wo zahlreiche Kleinpensionisten nach gefallen Börsenkursen nun vor den Trümmern ihrer Existenz stehen. Ein Sparbuch hätte da bessere Dienste geleistet.

INFO

Die Prämienzahlung für die staatliche Zukunftsvorsorge wird jährlich neu festgesetzt und liegt zwischen 8,5 und 13,5 Prozent, 2008 sind es 9,5 %.

Mindestbindungsdauer: zehn, bei einigen Anbietern 15 Jahre. Keine staatliche Prämie unter zehn Jahren möglich.

Die Höhe der **monatlichen Rentenauszahlung** richtet sich nach der voraussichtlichen Lebenserwartung. Die Auszahlung in einem Betrag bringt finanzielle Nachteile.

Die gesetzliche Kapitalgarantie kostet durchschnittlich 1 % pro Jahr von der Rendite.



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
 KPÖ-Klubobmann im Landtag

Wem gehört dieses Land?

Tagtäglich bekommen die Bürgerinnen und Bürger es vorgeführt: Der Postenschacher feiert bei uns fröhliche Urständ! SPÖ und ÖVP agieren so, als wäre das gesamte Land Parteieigentum. Bis zur Bildung der großen Koalition durften dabei auch noch FPÖ und BZÖ kräftig mitnaschen, was sie natürlich auch eifrig gemacht haben. Egal, ob es um Spitzenposten in Ministerien, im ORF oder beispielsweise bei den Bildungseinrichtungen bis hin zu den ÖBB geht, ohne entsprechenden Parteischub läuft nichts!

Natürlich dürfen sich die Parteien für ihre „Freundschaftsdienste“ auch entsprechende Gegenleistungen erwarten. Aus dem Bereich der Ministerien können es schon einmal Auskünfte über unliebsame Kontrahenten sein, beim ORF eine wohlgefällige Berichterstattung, ja sogar von Schuldirektoren erhofft

man sich noch Unterstützung beim einen oder anderen Parteianliegen.

Die Rechnung für diese Verfilzung von öffentlichen Ämtern und herrschenden Parteien zahlt letztendlich die Bevölkerung. So lange Transparenz bei Postenvergaben nur in Sonntagsreden vorkommt, wird sich wohl nichts ändern. Dabei hätte es die Bevölkerung in der Hand, auch einmal ein Machtwort zu sprechen. Ein saftiger Denkkettel bei den kommenden Wahlen müsste selbst die eingefleischten Postenschacherer in den diversen Parteizentralen aufwecken!

Ernest Kaltenegger,
 0316 / 877 5104

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
 KPÖ-Ernest Kaltenegger,
 Lagergasse 98a, 8020 Graz,
 Fax 0316/877 5108 oder email:
 volksstimme@kpoe-steiermark.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Kein Wunder, dass SPÖ und ÖVP nichts gegen die 380 kV-Masten machen. Die stehen eben gern unter Strom.

INHALT

Museumsviertel	5
Teures Leben	6/7
Pendlerschicksal	8/9
Problem Lohndumping	9
Sozialservice	10
Martyrium einer Mieterin ...	16/17
Frauen im Nachteil	17
OP verschoben, Patient tot	18
Irre Gagen für Manager	18/19
Mit 157.065 Euro geholfen	19
Leben im Widerstand	20
Anschluss 1937	21
Leser/innen-Forum	23